

E Pluribus Unum: Trumps Rückkehr und Europas doppelte Herausforderung

Donald Trump wurde wieder zum Präsidenten der USA gewählt. Boris Vormann sucht in seinem Beitrag nach Antworten, wie es dazu kommen konnte. Da die Demokratische Partei gespalten ist, habe sie im Wahlkampf nicht überzeugen können. Vormann ordnet Trump als illiberalen, libertären Autoritaristen nach innen ein, was auf die Aushöhlung des Staates, eine Entdemokratisierung und die Unterdrückung der Opposition hinausläuft. Zudem sei Trump ein außenpolitischer Nationalist. Sein Wahlsieg erschüttert aber auch die internationalen Beziehungen. Daher analysiert Vormann auch, was dies für Europa und die EU bedeutet und kommt zum Schluss, dass die EU nun außenpolitisch selbstständiger werden und im Integrationsprozess auf eine demokratische Weise fortschreiten muss.

Donald Trumps Comeback als 47. Präsident der Vereinigten Staaten markiert nicht nur einen politischen Wendepunkt in den USA, sondern wird auch die internationalen Beziehungen nachhaltig verändern. Der Wahlausgang, den viele Umfrageinstitute abermals falsch prognostiziert haben, spiegelt eine polarisierte Gesellschaft wider – geprägt von wirtschaftlicher Unsicherheit, kulturellen Spannungen und einem starken Misstrauen gegenüber politischen Institutionen (Vormann/Lammert 2019). Bereits in den ersten Wochen nach seiner Inauguration machten Trumps erste Amtshandlungen deutlich, dass sich das politische System der USA in einem tiefgreifenden Wandel befindet. Ob die US-Demokratie diesen überstehen kann, ist gegenwärtig nicht sicher. Die Weltordnung, an die wir uns gewöhnt haben, ist bereits jetzt ins Wanken geraten.

Die entstandene politische Dynamik übertrifft die institutionellen Checks and Balances (Levitsky/Ziblatt 2018). Die Republikanische Partei ist inzwischen vollständig auf seine Linie eingeschwenkt, und mit einer Mehrheit in beiden Häusern des Kongresses wird Trump weitgehend freie Hand haben. Anders als 2016, als er bei der Besetzung von Kabinettsposten und politischen Ämtern noch auf das Parteiestablishment angewiesen war, setzt er diesmal ausschließlich auf loyale Gefolgsleute, die seine Wünsche ohne Widerstand umsetzen dürften. Seine politische Agenda weist allerdings einen kaum auflösbaren Widerspruch auf: libertärer Autoritarismus nach innen und wirtschaftlicher Nationalismus nach außen – eine Kombination, die weitreichende Folgen für die internationale Ordnung und Europa mit sich bringen kann.

In Europa wächst unterdessen die Erkenntnis, dass Trumps zweite Amtszeit in ihrer Wirkung auf die Weltpolitik mit seiner ersten kaum zu vergleichen sein wird. Seine Drohungen, den Panamakanal und Grönland notfalls mit militärischen Mitteln einzunehmen oder Kanada zum 51. Bundesstaat zu ernennen, haben für viel Erstaunen gesorgt. Dass er sich zugleich von der Welthandelsorganisation abwendet, die NATO infrage stellt und den europäischen Partnern ein Demokratiedefizit unterstellt, dürfte auch der breiteren Öffentlichkeit klarmachen, dass Europa sich neu aufstellen muss. Dabei wird die Europäische Union eine wichtige Rolle spielen müssen, denn einzelne Nationalstaaten werden im neuen globalen Machtgefüge weder wirtschaftlich noch sicherheitspolitisch bestehen können. Im Ernstfall muss Europa sich selbst verteidigen können. Aber es muss auch demokratischer werden und die nationalen Belange mitdenken, um legitim zu sein. Nicht zuletzt auf Grund aufstrebender rechtsnationaler Strömungen, die von

Trump und seinen Gefolgsleuten auch noch unterstützt werden, steht ein geeintes Europa jedoch vor großen Herausforderungen.

Der Ausgang der Wahl

Trump's Wahl war offenbar kein Versehen, sondern fußt (zumindest noch) auf relativ breiter Unterstützung. Möchte man es knapp auf den Punkt bringen: Die Demokratische Partei hat die Arbeiterklasse an den Trumpismus verloren. Die wirtschaftlichen Herausforderungen – allen voran die hartnäckig hohe Inflation – spielten Trumps simpler, aber wirkungsvoller Rhetorik in die Hände. Während die ehemalige Vizepräsidentin Kamala Harris eine abstrakte „Opportunity Economy“ propagierte, die für viele kaum greifbar war, setzte Trump auf konkrete Botschaften: niedrigere Steuern, schärfere Einwanderungskontrollen und eine „America First“-Strategie, die er als Schutzschild gegen globale Unsicherheiten inszenierte.

Die Demokraten, die bereits 2016 und 2020 unter einer internen Zerreißprobe zwischen progressiven und moderaten Kräften litten, wirkten auch 2024 nicht geschlossen. Durch Joe Bidens späten Rückzug aus dem Rennen, hatte Harris zudem verhältnismäßig wenig Zeit für ihre Kampagne. Hinzu kamen Faktoren wie Rassismus und Sexismus, die Harris – als erste schwarze Frau an der Spitze der Demokraten – kontinuierlich begleiteten. Obwohl ihre Wahlstrategie genau dies zu vermeiden suchte, wurde sie offenbar als Vertreterin einer linken Identitätspolitik wahrgenommen. Für viele, die ins Trump-Lager wechselten oder gar nicht erst zur Wahl gingen, erschien sie dadurch als ungeeignete Führungspersönlichkeit für die wirtschaftlichen Probleme des Landes, insbesondere die Inflation. Umso mehr, da sie als Vizepräsidentin unter Biden für die wahrgenommene wirtschaftliche Schwäche mitverantwortlich gemacht wurde.

Die Demokratische Partei tut sich indessen schwer, ein überzeugendes Gegenprogramm zum Trumpismus zu entwickeln. Bereits bei der Analyse der eigenen Wahlniederlage herrscht tiefe Uneinigkeit. Fest steht: Kamala Harris gelang es nicht, die Demokratische Koalition aus städtischen Wählerschaften, Frauen und verschiedenen Minderheiten zu mobilisieren. Trump hingegen konnte seine Unterstützung in ländlichen Regionen sowie unter weißen, männlichen Wählern weiter festigen – jedoch nicht nur dort. Harris schnitt lediglich bei afroamerikanischen Frauen und weißen Frauen mit College-Abschluss besser ab als Biden vier Jahre vor ihr. Der Effekt des demografischen Wandels in den USA auf die Wahl, der eigentlich den Demokraten zugutekommen sollte, blieb aus. Besonders auffällig war die Verschiebung in der Wählergruppe mit lateinamerikanischem Hintergrund: Unabhängig vom Geschlecht konnte Trump sie in einem Maß, das in früheren Wahlkämpfen kaum vorstellbar gewesen wäre, für sich gewinnen.

Der Erfolg Trumps und der Republikanischen Partei zeigt auch, wie wirkungsvoll er andere diffamieren und seinen Personenkult aufrechterhalten konnte. Sein erneuter Wahlsieg ist ein beispielloses politisches Phänomen in den USA. Noch vor wenigen Jahren schien eine zweite Amtszeit für einen Präsidenten, der zwei Amtsenthebungsverfahren hinter sich hat und in zahllose juristische Auseinandersetzungen verwickelt ist, undenkbar. Ein Mann, der vor vier Jahren noch das Wahlergebnis kippen wollte und dafür die Massen aufstachelte, der politische Gegner als „Ungeziefer“ bezeichnet, die Medien als „Volksfeinde“ diffamiert und millionenfache Deportationen angekündigt hat, ist abermals zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Und das nicht etwa aufgrund der Verzerrungen im Wahlsystem (Stichwort: Electoral College), sondern diesmal mit der sogenannten Popular Vote, also der Mehrheit aller abgegebenen Stimmen.

Auch Wochen nach seiner Wahl sind seine Umfragewerte stabil geblieben, obwohl er seine radikale Agenda – den massiven Rückbau des Staates, großangelegte Deportationen und die Abkehr von internationalen Partnern – konsequent vorantreibt. Von den Gegenprotesten der ersten Amtszeit ist hingegen nichts zu sehen.

Tiefere Ursachen des Trumpismus

Die dritte Welle der Demokratisierung ist endgültig gebrochen (Huntington 1991). Illiberale Strömungen, geprägt von autoritären und ethno-nationalistischen Tendenzen, haben in den vergangenen Jahrzehnten eine neue Dynamik entfaltet und nicht nur die Innenpolitik westlicher Demokratien, sondern auch die internationale Ordnung beeinflusst (Mudde 2004; Laruelle 2022). Insbesondere die Entwicklungen in den USA und Europa zeigen, dass sie zu einem festen Bestandteil des politischen Systems geworden sind (Weinman/Vormann 2021).

Als 2016 der Brexit und die Wahl von Trump die politischen Verhältnisse in den USA und Großbritannien grundlegend veränderten, schienen viele Erklärungen für diese Phänomene greifbar, welche auch in der Forschung breit diskutiert worden sind. Je nach Disziplin konzentrierten sich Erklärungsansätze für diese Entwicklungen jedoch auf unterschiedliche Faktoren: Die Geisteswissenschaften, insbesondere die Literatur- und Kulturwissenschaften, betonten häufig die kulturellen und sozialen Veränderungen, die eine weiße, überwiegend ländliche Bevölkerung zunehmend marginalisiert erscheinen ließen. Diese Erklärungen verwiesen auf die Rolle von Rassismus, Patriarchat und Heteronormativität als zentrale Triebkräfte des Illiberalismus und betonten die kulturelle Angst vor einer „Verdrängung“ durch Minderheiten, Migration und sozialen Wandel (Norris/Inglehardt 2019).

Dieses Gefühl der Marginalisierung und Entwurzelung wird durch rechtspopulistische Politiker wie Trump in der Tat verstärkt, der mit einer ethno-nationalistischen Rhetorik die Idee eines „wahren Amerikas“ verteidigt und sozialen Wandel als Bedrohung der nationalen Identität darstellt (Assmann 2020). Francis Fukuyama (2018) argumentiert ähnlich, dass die Betonung individueller und gruppenspezifischer Identitäten eine Gegenreaktion bei denjenigen auslöste, die sich ausgeschlossen oder entwertet fühlten – und interpretiert Trumps Appell an weiße Identität und traditionelle Werte als Ausdruck dieses Widerstands gegen eine zunehmend multikulturelle und liberale Gesellschaftsordnung. Entscheidend ist dabei nicht einfach die antielitäre Haltung des sogenannten Populismus, sondern auch eine antipluralistische Politik (Mudde 2004; Müller 2016).

Das kulturelle Argument allein reicht jedoch nicht aus, um den Aufstieg des Illiberalismus zu erklären. Zahlreiche Studien belegen einen klaren Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen Faktoren und der politischen Unterstützung für illiberale Politik. Die Untersuchungen von David Autor und anderen (2017) zeigen beispielsweise, dass Trumps Wahlerfolg 2016 stark mit negativen Handelsschocks durch China-Importe korrelierte. Je größer die Arbeitsplatzverluste durch den globalisierten Handel waren, desto stärker fiel die Unterstützung für Trump aus. Hinzu kommt das tiefgreifendere Problem der wachsenden Einkommens- und Vermögensungleichheit seit den 1980er Jahren (Piketty 2014; Blyth/Hopkin 2021). In vielen Regionen der USA hat diese Entwicklung das Vertrauen in das politische System – insbesondere auf Bundesebene – massiv untergraben (Lammert/Vormann 2020). Verschärft wird dies durch technokratische Regierungsvorhaben, die demokratische Mitsprache zunehmend als hinderlich betrachten (Mounk 2018;

Berkowitz 2021).

Bereits im Oktober 2024, Wochen vor der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl also, prognostizierte eine Gruppe von Politikwissenschaftlern um Peter K. Enns (2024) die Wahlergebnisse auf Basis wirtschaftlicher Umfragewerte in den Einzelstaaten – mit bemerkenswerter Präzision: Der Wahlausgang wurde vom Modell für jeden einzelnen Bundesstaat richtig vorhergesagt. Das unterstreicht die zentrale Rolle wirtschaftlicher Faktoren.

Trotz der scheinbaren Gegensätze zwischen kulturellen und ökonomischen Erklärungen greifen diese oft ineinander. Da kulturelle Trends – wie demografischer Wandel und Urbanisierung – langfristig wirken, können sie den genauen Zeitpunkt illiberaler Gegenreaktionen nicht vollständig erklären. Selbst jene, die kulturell argumentieren, erkennen die Bedeutung wirtschaftlicher Bedingungen an. So argumentieren Pippa Norris und Ronald Inglehart (2019), dass wirtschaftliche Unsicherheiten die kulturelle Abwehrreaktion gegen Vielfalt und gesellschaftlichen Wandel beschleunigt haben. Umgekehrt betonen Menschen aus der Ökonomie wie Barry Eichengreen (2018), dass populistische Bewegungen oft eine kulturelle Dimension annehmen, insbesondere wenn nationale Identitäten als bedroht wahrgenommen werden. Wendy Brown (2019) beschreibt, wie der Neoliberalismus seit den 1970er Jahren nicht nur soziale Ungleichheiten verstärkt, sondern auch das demokratische Denken ausgehöhlt hat, indem er den Fokus auf individuelles Nutzenstreben statt auf einen kollektiven Gemeinsinn lenkte.

Der Trumpismus geht jedoch über Ressentiments in einer tief fragmentierten und individualisierten Gesellschaft hinaus. Er hat es geschafft, Elemente der Kapitalismuskritik und eine antielitäre Haltung für sich zu nutzen – mit erstaunlichen Parallelen zur linken Kapitalismuskritik, etwa zur Occupy-Wall-Street-Bewegung der 2010er Jahre (Stiglitz 2012; Mayer 2021). Doch während linke Bewegungen Umverteilung und soziale Reformen fordern, instrumentalisiert der rechtspopulistische Diskurs diese Kritik, um ein exklusives Zugehörigkeitsgefühl zu schaffen. Die ethnonationalistische Rhetorik stilisiert die „wahren Amerikaner“ als Opfer einer „korrupten Elite“ und als Hüter der nationalen Identität. Diese exkludierende Haltung richtet sich gegen vul-nerable Minderheiten, Zugewanderte und vermeintliche „innere Feinde“. Trump gelang es dabei meisterhaft, zwischen rassistischen Untertönen und antielitärem Revanchismus zu changieren – und so auch Minderheiten für sich zu gewinnen. Die Aussicht auf Steuersenkungen und wirtschaftliche Abschottung verstärkte diesen Effekt. Das ist ein politischer Cocktail, der offenbar bei der Arbeiterklasse verfangen hat.

Bei den Demokraten wiederum hat die Betonung der Identitätspolitik die Linke tief gespalten. Auch wenn der Stimmenanteil junger Wählerschaften bei den Präsidentschaftswahlen vielleicht nicht entscheidend war – der Abstand zwischen Trump und Harris war am Ende zu groß –, so hat die Abkehr von der Arbeiterklasse, die in weiten Teilen die Gender- und Identitätsdebatten als elitär abtut, schwerwiegende Folgen (Frank 2017). Dazu kommen die Universitätsstudierenden, die mit dem Kurs der Biden-Regierung gegenüber Israel im Gaza-Konflikt nicht einverstanden waren und für Drittparteien oder gar nicht wählten – und nach der Wahl Trumps ein böses Erwachen erleben.

Wird Trump auf Widerstände stoßen?

In seiner ersten Amtszeit konnte man noch von einem Flirt mit dem Autoritären sprechen (Lammert et al. 2021). Trump trug aktiv dazu bei, die Ideen und Ideale der liberalen Demokratie und der pluralistischen Zivilnation abzubauen und neu auszurichten. An ihre Stelle traten Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten, die als nicht zur Nation gehörig definiert wurden. Das Institutionengefüge wurde einem Frontalangriff ausgesetzt, vor allem auf die Gewaltenteilung; die Legitimität von Gerichten, Medien und der Opposition im Kongress wurde ebenso unterminiert wie demokratische Kernprozesse wie Wahlen und andere zentrale Kontrollmechanismen. Gleichzeitig wurde die Vormachtstellung der Exekutive systematisch (weiter) ausgebaut, sowohl gegenüber dem zunehmend handlungsunfähigen Kongress und den Gerichten als auch gegenüber den Bundesstaaten. Die Republikanische Partei ist Trumps Politik trotz einiger weniger Ausnahmen fast vollständig erlegen, schon damals.

Bei seinem ersten Wahlsieg war Trump jedoch völlig unvorbereitet. Um sein Kabinett und öffentliche Ämter zu besetzen, musste er auf das Parteiestablishment zurückgreifen. Für jeden Stephen Bannon gab es einen Reince Priebus. Inzwischen steht die GOP jedoch geschlossen hinter Trump, und interner Widerstand ist kaum noch zu erwarten. Senat und Repräsentantenhaus gingen bei der Wahl an die Republikaner. Mike Johnson muss im Repräsentantenhaus zwar mit einer knappen Mehrheit regieren, was Begehrlichkeiten einzelner Abgeordneter wecken könnte, die versuchen könnten, Zugeständnisse für ihre Wahlkreise durchzusetzen. Doch Trump verfügt mittlerweile über Erfahrung in der Bundespolitik und lässt sich zudem von Strategien anderer Politiker wie Viktor Orbán inspirieren – Taktiken, die in der Republikanischen Partei in den letzten Jahren intensiv analysiert wurden (Shapiro/Végh 2024). Hinzu kommt die konservative Mehrheit von sechs zu drei im Supreme Court.

Widerstand ist in erster Linie von der Partei der Demokraten regierten Bundesstaaten und Teilen der Zivilgesellschaft zu erwarten. Einige Städte haben sich bereits als „Sanctuary Cities“ für Flüchtlinge erklärt, doch Trumps Regierung droht mit massiven Sanktionen. Ähnlich wie in seiner ersten Amtszeit könnten einige Bundesstaaten und Städte in Klimapolitik und anderen Bereichen eigenständig handeln – doch Trump hat bereits in den ersten Wochen seiner zweiten Amtszeit gezeigt, dass er keinen Widerstand dulden wird. Inwiefern ihn die Gerichte, einschließlich dem Obersten Gerichtshof, einhegen können, ist gegenwärtig eine offene Frage. Was sehr auffällt, ist das gegenwärtige Schweigen der Zivilgesellschaft. Nach seiner ersten Wahl kam es sofort am Tag nach der Inauguration zum Women's March, der bis dahin größten Demonstration in der US-Geschichte. Allein in Washington D. C. gingen knapp eine halbe Million Menschen auf die Straße. Und auch während der ersten Amtszeit kam es immer wieder zu Protest, beispielsweise im Rahmen der Black-Lives-Matter-Bewegung. Davon ist bislang in der zweiten Amtszeit nichts zu sehen. Und dennoch: Trump hat zwar die Popular Vote gewonnen, allerdings nur mit 1,5 Prozent Vorsprung. Das ist kein Erdrutschsieg, auch wenn er ihn als solchen darstellt, um ein starkes politisches Mandat für sich daraus abzuleiten. Es gibt also nach wie vor einen großen Teil der Zivilgesellschaft, der nicht mit der Regierungspolitik einverstanden ist.

Besorgniserregend ist jedoch, dass führende Medienunternehmen wie die Washington Post und die Los Angeles Times – vermutlich aus Angst vor möglichen Repressalien – in einem strategisch entscheidenden Moment entgegen einer US-amerikanischen Tradition schon vor der Wahl darauf verzichteten, eine Kandidatur zu unterstützen, in diesem Fall die Kampagne von Kamala Harris. Diese plötzliche Zurückhaltung erfolgte zudem ohne lange Vorlaufzeit, was den Eindruck verstärkt, dass der mediale

Rückhalt für die demokratischen Kräfte bröckelt. Dazu kommt, dass nach der Wahl nahezu das gesamte Unternehmertum der zukunftssträchtigen Tech-Industrien auf Trumps Linie eingeschwenkt zu sein scheint. Während Tech-Milliardäre wie Jeff Bezos, Mark Zuckerberg und Sundar Pichai sich einst für Diversität und Gleichberechtigung aussprachen, haben sie sich nun weitgehend Trumps Linie angeschlossen. Das bleibt nicht ohne Folgen: Mit Unterstützung von Elon Musks Department of Government Efficiency (DOGE) wurden bereits zahlreiche unliebsame Funktionäre aus verschiedenen Ämtern der Staatsbürokratie entlassen. Die Untergrabung der Gewaltenteilung, die Aushöhlung des Staatsapparats und die gefährliche Nähe von wirtschaftlicher und politischer Macht rückt die USA immer weiter von demokratischen Prinzipien ab.

Die politische Agenda des Illiberalismus in den USA hat schon jetzt, zu Anfang seiner zweiten Präsidentschaft, weitreichende Folgen für die Gesellschaft und das politische System. Innenpolitisch hat sie zu einem Führerkult um Trump geführt, der sich selbst als Verkörperung des „wahren Volkes“ darstellt und die politischen Institutionen als „undemokratisch“ bezeichnet – eine paradoxe Umkehrung, die das Vertrauen in demokratische Strukturen unterläuft. Durch die Dämonisierung der Medien und institutioneller Kontrollmechanismen wird eine Grundlage geschaffen, um rechtsstaatliche Schutzmechanismen zu schwächen und autoritäre Tendenzen zu fördern (Levitsky/Ziblatt 2018).

Was kommt nun auf die USA und die Welt zu?

Trump wirkt in seiner zweiten Amtszeit deutlich besser vorbereitet und verfolgt eine politische Agenda, die sich als eine Form des „libertären Autoritarismus“ beschreiben lässt. Allerdings ist damit nicht jene „Metamorphose des autoritären Charakters“ gemeint, wie sie Oliver Nachtwey und Carolin Amlinger beschreiben – eine Form, die jede „Einschränkung individuellen Verhaltens“ ablehnt (Nachtwey/ Amlinger 2022: 15f.). Vielmehr handelt es sich um einen Frontalangriff auf den regulierenden Staat, verbunden mit einem radikalisierten Wirtschaftsliberalismus.

Für Trumps zweite Amtszeit bedeutet dies innenpolitisch vor allem eine radikale Marktliberalisierung und den gezielten Abbau staatlicher Regulierung. Steve Bannon und andere Strategen sprechen offen von der „Demontage des regulierenden Staates“. Trump hat öffentlich angekündigt, die Macht von Bundesbehörden wie der Umweltbehörde EPA drastisch zu beschneiden, den bürokratischen Apparat des Bundes massiv zu verkleinern und Schlüsselpositionen ausschließlich mit Loyalisten zu besetzen. Ein mögliches Vorbild ist der argentinische Präsident Javier Milei, der mit seiner symbolträchtigen Motorsäge für einen kompromisslosen Staatsabbau steht. Milei wurde von Trump bereits kurz nach dessen Wiederwahl nach Mar-a-Lago eingeladen (Fischer 2024). Auch Musk scheint Mileis Programm genau studiert zu haben – und setzt es nun mit seiner „Effizienzagentur“ (DOGE) gezielt in den USA um.

Diese Politik steht für eine extreme Form des Laissez-faire, ohne Rücksicht auf ökologische oder soziale Folgen. Trumps Sozialpolitik bleibt minimalistisch: In seiner Wahlkampagne plante er eine Steuerbefreiung von Trinkgeldern und – falls umgesetzt – eine Steuergutschrift für Kinder, die einzige Überschneidung mit dem Programm von Harris. Seine industriepolitischen Pläne bleiben ähnlich vage. Der Staat soll vor allem militärisch stark bleiben, während alle anderen Bereiche staatlicher Interventionspolitik einer extremen Rosskur unterzogen werden. In seiner Wahlkampagne brachte Trump sogar das Ende der Einkommensteuer ins Gespräch – eine Maßnahme, die den Bundeshaushalt völlig umkrepeln würde. Eine derart drastische

Demontage der Staatsbürokratie würde die Regierungsführung noch dysfunktionaler machen und die Responsivität der Politik drastisch verringern.

In seiner zweiten Amtszeit dürfte Trump diese extreme Vision mit neuer Konsequenz verfolgen. Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass massive Steuergeschenke an die Reichen, der Abbau des Sozial- und Interventionsstaates sowie die weitgehende Deregulierung der Märkte nicht zu mehr Korruption und wachsenden Ungleichheiten führen. Doch genau diese Probleme des sogenannten „kleinen Mannes“ sollten ja eigentlich gelöst werden – ein Versprechen, das Trump nun bereits zum zweiten Mal gegeben hat.

Nach der Finanzkrise von 2008 wurde vielfach spekuliert, ob dies das Ende des Neoliberalismus bedeuten könnte. Doch Colin Crouch (2011) sprach wenige Jahre später von dessen „seltsamem Überleben“. Der Trumpismus verstärkt diese Ambivalenz: Einerseits radikalisiert er das Marktprojekt weiter – Neoliberalismus auf Steroiden, wenn es um den Abbau des Wohlfahrtsstaates und die Schwächung von Regulierungsbehörden geht. Dieser Trend ist längst nicht mehr auf die USA beschränkt, sondern stellt weltweit die Grundlagen moderner Gesellschaften infrage (Hanson/ Kopstein 2024). Andererseits jedoch bedeutet Trumps Wirtschaftspolitik auch einen radikalen Bruch mit der neoliberalen Ideologie freier Märkte: Statt globaler Win-Win-Strategien setzt er auf transaktionale Nullsummenspiele und protektionistische Abschottung (Doyle 2023).

Der libertären Tendenz im Inland steht ein aggressiver wirtschaftlicher Nationalismus nach außen gegenüber. Während der freie Markt nach innen maximiert werden soll, setzt Trump nach außen auf Zölle, den Rückzug aus Freihandelsabkommen und die Abkehr von der liberalen Weltwirtschaftsordnung – einer Ordnung, die die USA einst selbst geschaffen haben, um damit ironischerweise erst „great“ zu werden. Nach 1945 waren die Vereinigten Staaten nicht nur willens, sondern auch fähig, eine Reihe globaler öffentlicher Güter bereitzustellen – sei es wirtschaftlich oder sicherheitspolitisch –, um so ihre eigene Vormachtstellung zu festigen. Doch mit der Abkehr von internationalen Institutionen und den Grundwerten der liberalen Demokratie unterminieren sie diese Position nun doppelt: Die USA steuern auch international auf eine Identitätskrise zu. Historisch wurde ihr Führungsanspruch stets aus dem Selbstbild abgeleitet, im Interesse der Menschheit, der Aufklärung und der Demokratie zu handeln. Die Abwendung von diesen Werten wird es für sie zunehmend schwieriger machen, ihre globale Legitimität aufrechtzuerhalten.

Diese Entwicklungen haben unmittelbare praktische Konsequenzen. Multilaterale Institutionen wie die UNO, die WTO und die NATO geraten wieder unter Druck, während bilaterale Beziehungen zunehmend in den Vordergrund rücken. Bereits in seiner ersten Amtszeit zog sich Trump aus zentralen internationalen Abkommen – wie dem Pariser Klimaabkommen und dem Iran-Atomabkommen – zurück. In seiner zweiten Amtszeit dürfte dieser Rückzug noch weitergehen – sei es durch die faktische Isolierung der NATO, die strategische Instrumentalisierung von Zöllen oder die Aufkündigung weiterer internationaler Verträge.

Traditionelle Allianzen und die auf gemeinsamen Werten basierende internationale Ordnung stehen zunehmend zur Disposition. An ihre Stelle treten kurzfristige Interessen, was droht, die globale Glaubwürdigkeit der USA zu untergraben. Die Abkehr von multilateralen Strukturen und die Betonung eines „America First“-Ansatzes beschleunigen die geopolitische Machtverschiebung (Ikenberry 2018). Das weltweite Vertrauen in die USA wird man sich erst wieder erarbeiten müssen – es bleibt vorerst ein Vakuum, das China und Russland nutzen könnten, um ihren Einfluss in Europa, Asien und Afrika

auszuweiten.

Momentan betrachtet Trump Zölle als maximale Verhandlungsmasse, um Handelspartner zu Zugeständnissen zu zwingen. Doch bereits jetzt zeigt sich eine gewisse Wankelmütigkeit. Trump hat in entscheidenden Momenten Rückzieher gemacht, etwa als Kanada und Mexiko Widerstand leisteten oder als seine angedrohten Strafzölle gegen China letztlich hinausgezögert wurden. Verfolgt er damit in erster Linie eine innenpolitische Strategie, um sich als starker Verhandler zu inszenieren? Kann er diese Strategie aufrechterhalten, wenn eine Drohung nach der anderen verpufft? Oder steht er am Ende vor dem gegenteiligen Problem: dass protektionistische Maßnahmen wie Strafzölle die Inflation weiter anheizen – verstärkt durch die Massendeportationen billiger Arbeitskräfte?

Keine Frage: Trumps libertärer Autoritarismus nach innen und sein wirtschaftlicher Nationalismus nach außen stehen in einem fundamentalen Widerspruch. Während massive Deregulierung und Sozialabbau die Binnenwirtschaft schwächen, dürften protektionistische Maßnahmen wie Zölle die Inflation weiter anheizen. Sollte Trump seine wirtschaftlichen Versprechen nicht einlösen können, wird er die Schuld wohl kaum bei sich selbst suchen. Stattdessen werden voraussichtlich Zugewanderte, die politische Opposition oder die Presse als Sündenböcke herhalten müssen.

Bereits im Sommer 2020, während der Proteste nach der Tötung von George Floyd, drohte Trump mit dem Einsatz des Militärs gegen Demonstrierende. Dem ehemaligen Verteidigungsminister Mark T. Esper zufolge erkundigte sich Trump sogar, ob man nicht auf die Protestierenden schießen könne (Martin/Ermyas 2022). Damals verhinderte der Kongress den Militäreinsatz, und Esper blieb im Amt, um Schlimmeres zu verhindern. Doch in einer zweiten Amtszeit, in der es kaum noch Widerstand aus den eigenen Reihen geben dürfte, lässt dieser Vorfall nichts Gutes erahnen. Eine Abwärtsspirale droht.

Sollten die nächsten Kongresswahlen ordentlich durchgeführt werden, was zu erhoffen, aber leider keineswegs sicher ist, steht die Demokratische Partei vor einer enormen Herausforderung: Sie muss eine Politik entwickeln, die die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der breiten Bevölkerung anspricht, ohne dabei die notwendige Anerkennung kultureller Vielfalt und Identitätsfragen zu vernachlässigen. Die zentrale Aufgabe wird sein, Identitäts- und Klassenpolitik stärker miteinander zu verknüpfen. Doch kann dies einer Partei gelingen, die intern tief gespalten ist?

Insgesamt ist es bemerkenswert, dass derzeit vor allem autokratische Regierungen große gesellschaftliche Zukunftsvisionen entwerfen – man denke an Chinas Belt-and-Road-Initiative oder das futuristische Megaprojekt Neom in Saudi-Arabien. Westliche Demokratien hingegen scheinen von internen Krisen absorbiert und zunehmend unfähig, eigene kohärente Zukunftsentwürfe zu formulieren. Die USA für ihren Teil scheinen bis auf Weiteres mit sich selbst beschäftigt zu sein.

Implikationen für Europa

Trumps zweite Amtszeit wird aller Voraussicht nach tiefe wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Spuren hinterlassen – sowohl in den USA als auch darüber hinaus. Ob es den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten gelingt, diese Herausforderungen zu bewältigen, wird die globalen Machtverhältnisse in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich prägen. Außenpolitisch steht der Führungsanspruch der USA weiter zur Disposition. Einst Garant internationaler Stabilität, treten sie zunehmend selbst als disruptiver Akteur auf. Mit Trumps Wiederwahl tritt die internationale Ordnung daher in eine Phase erhöhter Unsicherheit ein. Während China seine geopolitische Position in Asien und darüber hinaus weiter ausbaut (Curtis/Klaus 2024), wird Europa zunehmend in die Rolle eines Vermittlers gedrängt, der versuchen muss, multilaterale Strukturen zu bewahren und neue sicherheitspolitische Dilemmata zu vermeiden. Dies erfordert nicht nur ein verstärktes Engagement in internationalen Institutionen, sondern überhaupt erst einmal eine klare Vorstellung der eigenen Rolle als politischer Akteur in einer zunehmend multipolaren Weltordnung.

Europa sieht sich mit einem erneuten Rückzug der USA aus internationalen Institutionen konfrontiert, die für die Stabilität der globalen Ordnung essenziell sind. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind kaum zu überschätzen. Die EU, die jahrzehntelang auf ein starkes transatlantisches Bündnis gesetzt hat, steht vor einer strategischen Neuausrichtung. Trump hat bereits in seiner ersten Amtszeit wiederholt Zweifel an der NATO geäußert und Europa aufgefordert, mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit zu übernehmen. Schon zum Anfang seiner zweiten Amtszeit sind diese Forderungen nicht nur lauter, sondern auch kompromissloser geworden.

Verschiedene Wortfetzen der ersten Wochen unter Trumps neuer Administration geben einen recht klaren Eindruck von der neuen Position der USA. Europa spielt dort bestenfalls eine nachgeordnete Rolle. In seiner Amtsantrittsrede sprach Trump selbst davon, dass man sich nun um die eigenen Grenzen und nicht mehr um die Grenzen anderer kümmern würde, will heißen, Europa müsse auf sich allein gestellt die eigenen Probleme angehen. In seiner ersten Rede als Außenminister betonte auch Marco Rubio ganz ähnlich, dass man sich dem Indo-Pazifik zuwenden müsse, statt sich in Europa zu verheddern. Verteidigungsminister Pete Hegseth machte darüber hinaus deutlich, dass Europa in Zukunft selbst für seine eigene Verteidigung verantwortlich sein werde, aber auch für die Sicherheit der Ukraine.

Vizepräsident J. D. Vance betonte bei seiner ersten Europareise zwar, dass Europa den USA wichtig sei, warnte aber im selben Atemzug die EU, sich den USA bei der Regulierung Künstlicher Intelligenz nicht in den Weg zu stellen – eine Kooperation unter Partnern sieht wohl anders aus. Bei seiner viel erwarteten Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz, die selbst zum Schauplatz eines historischen Wendepunkts in der transatlantischen Allianz wurde, sprach er nicht, wie erwartet, von den geopolitischen Gefahren, die etwa von Russland und China für Europa ausgingen. Er kritisierte stattdessen Europa selbst und unterstellte, dass dort die Meinungsfreiheit und damit die Demokratie bedroht sei, weil europäische Nationen, insbesondere Deutschland, rechtsnationale Parteien vom politischen Prozess ausschließen – eine Kritik, die auf scharfe Abweisung von Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius, dem damaligen Bundeskanzler Olaf Scholz und Oppositionsführer Friedrich Merz stieß.

Man wird sich sehr rasch auf ein neues Verhältnis zu den USA einstellen müssen. Und dieses wird auch drastische Konsequenzen für das Verhältnis zu Russland bedeuten. Die New York Times gingen sogar so weit, hervorzuheben, dass Trump und Putin in manchen Punkten auf einer Linie seien:

„Nach weniger als einem Monat in seiner zweiten Amtszeit hat Trump die von Moskau seit langem geschmähte US-Außenhilfebehörde U.S.A.I.D. ausgeweitet. Er hat Kabinettsmitglieder durchgesetzt, die regelmäßig die Parolen des Kremls wiederholen, darunter die neue Chefin der US-Geheimdienste, Tulsi Gabbard. Er hat das Zerwürfnis mit Europa verschärft und droht Washingtons engsten Verbündeten mit einem Handelskrieg. Er hat Elon Musk gestärkt und gefördert, der auf X Unwahrheiten verbreitet, die Moskau nützen, und sich öffentlich für die rechtsextreme Bewegung in Deutschland einsetzt.“ (Sonne 2025)

Schon im Vorfeld jener Münchner Sicherheitskonferenz bezeichnete Annalena Baerbock, damals deutsche Außenministerin, die geopolitische Lage als eine „existenzielle Wegmarke“ für Europa. Tatsächlich scheint sich ein neues Bewusstsein für die sicherheitspolitischen Herausforderungen des Kontinents und die Notwendigkeit, Kompetenzen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu bündeln, abzuzeichnen. Diese Notwendigkeit wird vor allem von außen an Europa herangetragen. Kommt sie auch bei den nationalen Staatschefs an? Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj sah in seiner Rede bei der Sicherheitskonferenz den Moment für ein europäisches Militär, für die „Streitkräfte von Europa“, gekommen und auch NATO-Generalsekretär Rutte unterstrich bei der gleichen Gelegenheit: „Wenn die Europäer ein Mitspracherecht haben wollen, müssen sie sich relevant machen.“

Die EU wird auf diese neuen Vorzeichen reagieren müssen, indem sie sicherheitspolitisch autarker wird und ihre Verteidigungskapazitäten ausbaut. Sicherheitsexperten warnen, dass man ohne die Hilfe der USA gegenwärtig einer Aggression gegenüber sehr ungeschützt entgegen müsste. Es muss also schnell gehandelt werden. Gleichzeitig darf dieser Prozess nicht auf Kosten der demokratischen Legitimation gehen. Mittelfristig birgt eine stärkere Europäisierung, so sie sich denn überhaupt abzeichnet, ohne entsprechende Demokratisierung die Gefahr, populistische und extreme Kräfte innerhalb der EU weiter zu stärken. Das Aufstreben solcher Bewegungen in vielen Mitgliedstaaten kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern steht in direktem Zusammenhang mit einem wahrgenommenen Demokratiedefizit der Union. Eine Vertiefung der europäischen Integration – ohne eine gleichzeitige Stärkung demokratischer Legitimation und Partizipation – könnte diese Dynamik noch verstärken und die langfristige Stabilität der EU untergraben. Diese Kräfte könnten die Union von innen destabilisieren, während externe Bedrohungen durch Russland oder andere Akteure weiter zunehmen.

Um solidarisch zu handeln, braucht es eine stärkere politische Gemeinschaft auf europäischer Ebene und eine neue Form kultureller Identität, die nationale Eigenheiten nicht auflöst, sondern in einem multinationalen Bund integriert. In den einzelnen Staaten – insbesondere in Deutschland – muss auch die politische Linke anerkennen, dass Gemeinsinn und ein ziviler Nationalismus (Calhoun 2007) notwendige Elemente einer stabilen Gesellschaft sind. Letzteres fällt angesichts der deutschen Geschichte nachvollziehbar schwer. Dass dies unter den gegenwärtigen Umständen keine einfache Aufgabe ist, steht außer Frage. Doch wie sollen kleine europäische Staaten in einer Welt bestehen, die von Großmächten wie den USA und China dominiert wird, wenn sie sich nicht zusammenschließen?

Wirtschaftlich steht Europa vor der Herausforderung, sich global unabhängiger zu positionieren. Der anhaltende Protektionismus der USA und die Fokussierung auf eine rein nationale Wirtschaftspolitik lassen wenig Raum für ein transatlantisches Wirtschaftsnarrativ. Um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Europa seine Position in der globalen Wertschöpfungskette stärken und den Anschluss in Bereichen wie nachhaltige Technologien, Digitalisierung und KI sichern. Zudem muss es verhindern, durch bilaterale Einzelbeziehungen zu den USA auseinanderdividiert zu werden.

Noch schwerer wiegen die bereits angedeuteten sicherheitspolitischen Implikationen von Trumps zweiter Amtszeit. Seine anhaltende Skepsis gegenüber multilateralen Bündnissen wie der NATO stellt die transatlantische Sicherheitsarchitektur vor grundlegende Herausforderungen. Selbst die Frage, wann der Bündnisfall eintritt und welche konkreten Implikationen Art. 5 tatsächlich hat, scheint nicht abschließend geklärt. Die EU sieht sich daher zunehmend in der Pflicht, eigenständige militärische Fähigkeiten zu entwickeln, die bestenfalls nicht nur zur regionalen, sondern auch zur globalen Stabilität beitragen. Die Abhängigkeit von den USA in zentralen verteidigungspolitischen Fragen hat sich als strategisches Risiko erwiesen, das nicht länger ignoriert werden kann. Auch wenn es vielen nicht gefallen mag, erscheint eine verstärkte Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik angesichts der Wiederwahl Trumps als realpolitischer Imperativ.

Kurzum, Trumps Wiederwahl offenbart die strukturellen Schwächen Europas und unterstreicht die Notwendigkeit, sich als eigenständiger Akteur in der Weltpolitik zu etablieren. Die daraus resultierenden Herausforderungen lassen sich nicht durch kurzfristige Anpassungen bewältigen, sondern erfordern tiefgreifende strategische Reformen und eine klare Vision der europäischen Rolle in einer multipolaren Welt. Die kommenden Jahre werden zeigen, ob Europa in der Lage ist, diesen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen gerecht zu werden und seine geopolitische Position neu zu definieren.

Europas doppelte Herausforderung

Trump positioniert sich nicht als Zerstörer der US-Demokratie – im Gegenteil. Wie andere illiberale Akteure gibt er vor, die Demokratie vor korrupten Eliten schützen zu wollen. Er scheint davon überzeugt zu sein, den Willen des Volkes zu verkörpern – eine Annahme, die durch seinen Wahlerfolg noch bestärkt wird. Dieses Demokratieverständnis untergräbt jedoch die Grundprinzipien dessen, was gemeinhin als Demokratie gilt. Alles, was dem „Willen der Mehrheit“ – den Trump eben in seiner Person verkörpert sieht – im Wege steht,

gilt aus dieser Perspektive als undemokratisch. Institutionen wie Pressefreiheit, Gewaltenteilung und unabhängige Wahlen – Errungenschaften, die einst in den USA mitentwickelt wurden – werden in dieser Logik zu Hindernissen für die Erfüllung des Volkswillens erklärt. Wer Kritik an Trump äußert, wird damit zum „Feind des Volkes“ stilisiert. Diese Haltung prägte bereits seine erste Amtszeit und gipfelte im Sturm auf das Kapitol. Seitdem hat sich die Machtverschiebung zu seinen Gunsten weiter verstärkt. Der Supreme Court unterstützt zunehmend konservative Positionen, der Kongress ist in Republikanischer Hand.

Aber Trumps Politik ist in sich widersprüchlich und wird aller Voraussicht nach zu Verwerfungen führen. Die wirtschaftsnationalistische Außenpolitik, die Deportationen und der Abbau des Sozialstaats dürften die Inflation weiter anheizen und die Ungleichheit verschärfen. Gerade diejenigen, die wirtschaftlich ohnehin stark belastet sind und ihre Hoffnungen auf ihn setzten, könnten von seiner Politik schwer enttäuscht werden. Um die Unterstützung dennoch zu halten, dürfte sich der politische Ton weiter verschärfen und die Angriffe auf politisch Andersdenkende zunehmen. Zumindest zeigt das die Erfahrung aus Trumps erster Amtszeit. Ob die US-Demokratie diese drohende Abwärtsspirale übersteht, wird sich bei den Wahlen 2026 und 2028 zeigen. Die US-amerikanische Gesellschaft steht jedenfalls vor einer Zerreißprobe. Dabei ist nicht nur die weiße Arbeiterklasse zunehmend von ökonomischen Umbrüchen betroffen, sondern auch andere Bevölkerungsgruppen. Die politische Mitte und die moderate Linke haben es bisher versäumt, diese Entwicklung angemessen zu thematisieren. Die Demokratische Partei befindet sich noch immer im Schockzustand. Auch Medien und Gerichte scheinen sich uneinig darüber, wie auf die teils gesetzeswidrigen, teils aber auch nicht eindeutig illegalen Maßnahmen der Trump-Administration zu reagieren sei.

Auf internationaler Ebene hat Trumps Politik bereits jetzt zur Erschütterung der liberalen Weltordnung beigetragen – mit einem potenziell gefährlichen Machtvakuum als Folge. Die Wiederwahl Trumps hat insbesondere für Europa weitreichende Folgen. Die USA, einst ein verlässlicher Partner im transatlantischen Bündnis, verfolgen unter seiner Führung eine zunehmend unilaterale, transaktionale und zugleich oft erratische Außenpolitik. Einerseits ist eine Art neoimperialistischer Anspruch auf eigene Einflussphären zu erkennen – etwa in Bezug auf Panama, Kanada oder Grönland. Andererseits gibt es, etwa durch Aussagen von Marco Rubio oder Trump selbst, auch Signale eines Rückzugs aus internationalen Angelegenheiten – paradoxerweise bei gleichzeitiger Ankündigung, den Gazastreifen in die „Riviera des Nahen Ostens“ zu verwandeln.

Europa wird gezwungen sein, sicherheitspolitisch eigenständiger zu handeln und seine Rolle in der Welt neu zu definieren. Die EU steht dabei vor der doppelten Herausforderung, ihre innere Kohärenz zu wahren, ja sogar zu festigen, um ein eigenständiges geopolitisches Profil zu entwickeln. Gleichzeitig aber kann die Sogkraft der USA, gepaart mit einer auch hierzulande weitverbreiteten Skepsis vor Europa extreme Kräfte stärken und die ohnehin fragile Einheit der EU weiter gefährden. Die zentrale Frage bleibt, wie Europa eigenständiger agieren kann, ohne dabei illiberalen Parteien in den Nationalstaaten zusätzlichen Auftrieb zu verleihen. Kurzum, es muss zugleich eine Bündelung von politischen Kompetenzen auf EU-Ebene stattfinden, ohne dabei zentripetale Kräfte in den Nationalstaaten zu befeuern.

Könnte die EU in Zukunft als eine Art multinationaler Staat fungieren? Eine föderale Struktur, die die Prinzipien der Subsidiarität achtet und zugleich weitreichende Kompetenzen der Einzelstaaten mit stärkerer Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit verbindet, wäre eine mögliche – wenn auch anspruchsvolle – Antwort auf die Herausforderungen der Gegenwart. Deutschland müsste in diesem Prozess vermutlich, ob gewollt oder nicht, eine Vorreiterrolle übernehmen – nicht zuletzt, weil es bereits während

Trumps erster Amtszeit immer wieder Zielscheibe von Angriffen war. Dass Trump Angela Merkel demonstrativ den Handschlag verweigerte, war nicht nur eine symbolische, sondern eine programmatische Geste. Hinzu kommt, dass Musk als einflussreicher Akteur in Trumps Umfeld offenbar gezielt die deutsche Regierung ins Visier genommen hat. Deutschland kann sich international nur durch eine starke europäische Einbindung behaupten.

Vielleicht lässt sich dabei etwas aus der US-amerikanischen Geschichte lernen? Moderne Territorialstaaten sind historisch betrachtet (leider) auch Kriegsapparate. In Ermangelung funktionierender internationaler Institution werden sie es bis auf Weiteres bleiben. Sie allein waren bislang in der Lage, über Steuersysteme ausreichend Kapital für ein funktionierendes Militär zu mobilisieren, Logistikstrukturen über große Distanzen zu koordinieren und eine identitätsstiftende Einheit zu schaffen (Hall 2015). Nicht zuletzt deshalb sind Kriege oft auch Momente der staatlichen Konsolidierung. In Amerika führte die Notwendigkeit, im späten 18. Jahrhundert den Unabhängigkeitskrieg zu führen, zur Verabschiedung der bundesstaatlichen Verfassung. Die bis dahin existierende Konföderation der dreizehn souveränen Staaten ohne gemeinsames Steuersystem und Währungseinheit erwies sich als unzureichend, und die Angst, die Unabhängigkeit wieder zu verlieren, war letztlich der entscheidende Anstoß, um einzelstaatliche Bedenken zu überwinden (Vormann 2024).

Die EU steht heute vor einer ähnlichen Wegmarke. Auch hier sieht man sich äußeren Gefahren ausgeliefert und muss die eigenen Kräfte bündeln. Auch hier muss man die Partikularinteressen der souveränen Einzelstaaten mit dem Gesamtinteresse der europäischen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit in Balance bringen. Allerdings hat Europa im Vergleich zu den USA einen entscheidenden Nachteil. Man teilt die eurasische Landmasse mit den geopolitischen Rivalen. Der EU fehlt der geographische Schutz und der strategische Spielraum, den der Atlantik den USA über Jahrhunderte hinweg gewährt hat. Deshalb muss sich Europa, um zu bestehen, umso schleuniger den Wappenspruch im Großen Siegel der USA zu eigen machen und „aus vielen eines“ formen: *E Pluribus Unum*.

Keine Frage: Sollten sich die USA endgültig von ihrer demokratischen Tradition und von ihrem transatlantischen Bekenntnis verabschieden – soweit ist es noch nicht –, würde Europa sehr darunter leiden. Was die Demokratie angeht, hat man sich über die vergangenen zwei Jahrhunderte an den USA orientiert. Kann Europa aus sich selbst heraus den demokratischen Geist aufrechterhalten? Umgekehrt gilt, was die geopolitischen Fragen angeht, aber auch: Ohne Europa als Partner wäre der Status der USA als dominante Supermacht bedroht. Es gibt einen Grund, warum Franklin D. Roosevelt sich entschieden hat, Europa von Nazi-Deutschland zu befreien. Wenn die eurasische Landmasse von China oder Russland dominiert würde und Europa tatsächlich in sich zerfiel, dann wären die Vereinigten Staaten zu einer Regionalmacht reduziert. Dessen war man sich in den 1930er Jahren sehr bewusst, aber ist man es auch heute noch, hundert Jahre später?

Jene, die sich über das Straucheln der USA schadenfroh zeigen – vielleicht sogar aus einer manchmal nicht ganz unberechtigten Kritik an ihren unilateralen Interventionen in der jüngeren Vergangenheit –, sollten nicht vergessen, dass die Stabilität der Nachkriegsordnung eng mit der internationalen Konstellation und der dominanten Stellung der USA verknüpft war. Deutschland wäre ohne die USA keine Demokratie. Wenn die USA sich zurückziehen, werden andere in das Machtvakuum vorstoßen.

Imperien hat es in der Geschichte viele gegeben. Doch vielleicht sollte man jene bevorzugen, die zumindest den Anspruch auf Demokratie erheben, damit man sie und sich an diesen Maßstäben messen kann?

Prof. Dr. Boris Vormann ist seit 2017 Professor für Politikwissenschaft am Bard College Berlin und dort Direktor der Politiksektion. Seine Forschung untersucht an der Schnittstelle von politischer Ökonomie und Geographie die Rolle des Staats in Globalisierungsprozessen, die politische Bedeutung von Nationalismus und die Krise der Demokratie.

Literatur

Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver 2022: Gekränkte Freiheit. Aspekte des Libertären Autoritarismus, Berlin.

Assmann, Aleida 2020: Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen, München.

Autor, David et al. 2017: A Note on the Effect of Rising Trade Exposure on the 2016 Presidential Election, Appendix to Importing Political Polarization? The Electoral Consequences of Rising Trade Exposure, National Bureau of Economic Research.

Berkowitz, Roger 2021: The Failing Technocratic Prejudice and the Challenge to Liberal Democracy, in: Vormann, Boris/Weinman, Michael (Hrsg.): *The Emergence of Illiberalism. Understanding a Global Phenomenon*, New York, S. 85–98.

Blyth, Mark/Hopkin, Jonathan 2021: Global Trumpism: Understanding Anti-System Politics in Western Democracies, in: Vormann, Boris/Weinman, Michael (Hrsg.): *The Emergence of Illiberalism. Understanding a Global Phenomenon*, New York, S. 101–123.

Brown, Wendy 2019: In the Ruins of Neoliberalism: The Rise of Antidemocratic Politics in the West, New York.

Calhoun, Craig 2007: Nations Matter: Culture, History, and the Cosmopolitan Dream, New York.

Crouch, Colin 2011: *The Strange Non-Death of Neoliberalism*, New York.

Curtis, Simon/Klaus, Ian 2024: *The Belt and Road City. Geopolitics, Urbanization, and China's Search for a New International Order*, New Haven.

Doyle, Michael 2023: *Cold Peace. Avoiding the New Cold War*, New York.

Eichengreen, Barry 2018: *The Populist Temptation: Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era*, Oxford.

Enns, Peter K./Colner, Jonathan/Kumar, Anusha/Lagodny, Julius 2024: Understanding Biden's Exit and the 2024 Election: The State Presidential Approval/State Economy Model, in: *PS: Political Science & Politics*, S. 1–8.

Fischer, Malte 2024: Mileis Reformkurs könnte eine Blaupause für Trump sein, in: *WirtschaftsWoche* vom 03.12.2024.

Frank, Thomas 2017: *Listen, Liberal: Or, What ever Happened to the Party of the People*, New York.

Fukuyama, Francis 2018: *Identity: The Demand for Dignity and the Politics of Resentment*. New York.

Hall, John A. 2015: Varieties of State Experience, in: Leibfried, Stephan et al. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Transformations of the State*, Oxford, S. 61–74.

Huntington, Samuel P. 1991: Democracy's Third Wave, in: *Journal of Democracy*, Jg. 2, H. 2, S. 12–34.

Ikenberry, G. John 2018: *A World Safe for Democracy: Liberal Internationalism and the Crises of Global Order*, New Haven.

Lammert, Christian/Siewert, Markus B./Vormann, Boris 2021: Flirt mit dem Autoritären: Trumpismus als schöpferische Zerstörung, in: Muno, Wolfgang/Pfeiffer Christian (Hrsg.): *Populisten an der Macht. Strategien und Folgen populistischen Regierungshandelns*, Wiesbaden, S. 127–156.

Lammert, Christian/Vormann, Boris 2020: When Inequalities Matter Most: The Crisis of Democracy as a Crisis of Trust, in: Oswald, Michael (Hrsg.): *Mobilization, Representation and Responsiveness in the American Democracy*, New York, S. 139–156.

Laruelle, Marlene 2022: Illiberalism: A Conceptual Introduction, in: *East European Politics*, Jg. 38, H. 2, S. 303–327.

Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel 2018: *How Democracies Die*, New York.

Manow, Philip 2020: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin.

Martin, Michel/Tinbete Ermyas 2022: Former Pentagon chief Esper says Trump asked about shooting protesters. NPR, All Things Considered, <https://www.npr.org/2022/05/09/1097517470/trump-esper-book-defense-secretary>.

Mayer, Margit 2021: Die US-Linke und die Demokratische Partei. Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära, Berlin.

Mounk, Yascha 2018: *The People vs. Democracy. Why Our Freedom is in Danger & How to Save it*, Cambridge.

Mudde, Cas 2004: The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition*, Jg. 39, H. 4, S. 541–563.

Müller, Jan-Werner 2016: *What is Populism?* Philadelphia.

Norris, Pippa/Inglehart, Ronald 2019: *Cultural Backlash: Trump, Brexit, and Authoritarian Populism*, Cambridge.

Piketty, Thomas 2014: Capital in the Twenty-First Century, Cambridge.

Shapiro, Jeremy/Végh, Zsuzanna 2024: The Orbanisation of America: Hungary's lessons for Donald Trump, in: *European Council on Foreign Relations* vom 09.10.2024, https://ecfr.eu/publication/the-orbanisation-of-america-hungarys-lessons-for-donald-trump/#_ftnref3.

Sonne, Paul 2025: Putin has long wanted more power in Europe. Trump could grant it, in: *The New York Times* vom 16.02.2025.

Stiglitz, Joseph E. 2012: The Price of Inequality: How Today's Divided Society Endangers Our Future, New York.

Vormann, Boris 2024: Zentralisierungsdynamiken des US-amerikanischen Staatsapparats, in: Vormann, Boris et al. (Hrsg.): *Handbuch Politik USA*, 3. Auflage, Wiesbaden, S. 179–191.

Weinman, Michael/Vormann, Boris 2021: From a Politics of No Alternative to a Politics of Fear: Illiberalism and its Variants, in: Weinman, Michael/Vormann, Boris (Hrsg.): *The Emergence of Illiberalism. Understanding a Global Phenomenon*, New York, S. 3–26.

<https://www.humanistische-union.de/publikationen/vorgaenge/vorg-249/publikation/e-pluribus-unum-trumps-rueckkehr-und-europas-doppelte-herausforderung/>

Abgerufen am: 16.08.2026